

2. Forschungsstand

2.1 Lateinamerika- und bolivienzentrierte Bewegungsforschung

Obwohl die genannten Bewegungstheorien ihre Ursprünge in Nordamerika und Europa haben, sind sie sowohl von Forscher*innen aus Lateinamerika als auch in Studien über Lateinamerika zur Anwendung gekommen. Der Perspektivwechsel hin zu lateinamerikanischen Kontexten hat der globalen Bewegungsforschung wichtige Impulse verliehen (Inclán 2018: 537). Lateinamerika ist eine Region mit einer langen Tradition sozialer Bewegungen, die bis weit in die Kolonialzeit zurückreicht. Doch spätestens seit der dritten Demokratisierungswelle (Huntington 1991) in den 1980er und 1990er Jahren, die nach Ende der Militärdiktaturen und des Kalten Kriegs neue Handlungsmöglichkeiten mit sich brachte, haben sich soziale Bewegungen fest im lateinamerikanischen Politikgeschehen etabliert (Almeida/Cordero 2015: 3). In dieser Phase kam es zu einer Vielzahl von Mobilisierungen. Neben traditionellen Akteur*innen wie Gewerkschaften, Studenten- und Bauernorganisationen traten auch neue Gesellschaftsakteur*innen wie Frauen-, LGBTQ- oder Indigenenorganisationen in Erscheinung (Inclán 2018: 536).

Eine Reihe wissenschaftlicher Studien der lateinamerikazentrierten Bewegungsforschung betrachtet soziale Bewegungen im Zusammenhang mit Ressourcenkonflikten. Besonders seit der Expansion des extraktiven Sektors im Zuge des Rohstoffpreis-Booms auf den Weltmärkten (2000-2013) beschäftigt sich die Bewegungsforschung mit ökologischen und sozialen Konsequenzen dessen, was der uruguayische Schriftsteller und Journalist Eduardo Galeano in einem 1971 erstveröffentlichten Essay als die »offenen Adern Lateinamerikas« bezeichnete (Galeano 2009). Damit sind Probleme gemeint, die sich aus der Rolle lateinamerikanischer Staaten als Rohstofflieferanten für Eisen, Bauxit, Zinn, Gold, Silber, Lithium, Kupfer und Kohle für die Weltmärkte ergeben (Dietz 2016: 28). Wie Sammelbände von Anthony Bebbington (2012), Håvard Haarstad (2012), Kalowatie Deonandan und Michael Dougherty (2016) sowie Cécile Mouly und Esperanza Hernández Delgado (2019) zeigen, wird die Region durch Konflikte vor große Herausforderungen gestellt, die im Zusammenhang mit der Extraktion natürlicher Ressourcen stehen. Im Fokus dieser Konflikte stehen Bergbauaktivitäten

sowie die Extraktion fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas, die sowohl in Einzelfallanalysen als auch in Vergleichsstudien bearbeitet werden. In Ländern wie Mexiko und Brasilien erregten Proteste gegen Staudammprojekte die Aufmerksamkeit der Wissenschaftscommunity (Hernández 2019; Peters 2014).

In Bezug auf Bolivien sind erwähnenswerte Arbeiten entstanden, aus denen sich interessante Erkenntnisse für die Bewegungsforschung ableiten lassen. Dazu zählt die Monografie »Blood of the Earth« (2017), in der Kevin Young dem Konzept des Ressourcennationalismus auf den Grund geht, d.h. der Idee, dass Ressourcenreichtum zum Wohl der Nation eingesetzt werden soll. Nach Young lässt sich der Ressourcennationalismus als ein Masterframe verstehen, der seit der Niederlage Boliviens im Chaco-Krieg (1932-1935) von unterschiedlichen Gruppen und Akteur*innen genutzt wurde. Bis heute wird der Ressourcennationalismus in einer weit verbreiteten Interpretation als kollektives Trauma der Bolivianer*innen beschrieben, »Bettler auf einem goldenen Thron« zu sein (Lessmann 2009: 48). Nationale Eliten und ausländische Kräfte werden für den mangelnden Wohlstand verantwortlich gemacht und Ressourcen eine hohe Bedeutung für die nationale Entwicklung zugemessen. Nationalistische Framing-Strategien lassen sich zur Erklärung von Volksaufständen gegen den Export von Flüssiggas 2003 und der »Nationalisierung« des Öl- und Gassektors durch Evo Morales heranziehen. Zweitens erschwert der Ressourcennationalismus die Opposition gegen den Extraktivismus, dessen Gegner*innen leicht als anti-patriotisch dargestellt werden können (Schorr 2019: 515). Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem extraktiven sozioökonomischen Entwicklungsmodell unter Morales, das in der Wissenschaft unter dem Konzept des Neoextraktivismus diskutiert wurde und in Kapitel 7 genauer erläutert wird (Gudynas 2013), schärfte den Blick für Spannungsverhältnisse zwischen staatlichen Wirtschafts- und Entwicklungsinteressen und den Präferenzen indigener und ländlicher sozialer Bewegungen (Humphreys Bebbington/ Bebbington 2011; 2012; Bebbington 2009; Perreault 2012; Stefanoni 2012; Farthing/ Kohl 2014; Ernst 2015; Hindery 2013).

Ein Spezialgebiet innerhalb der lateinamerikazentrierten Bewegungsforschung ist die Untersuchung sozialer Bewegungen in indigenen Kontexten. Obwohl das Grundmotiv indigenen Widerstands bis in die Kolonialzeit zurückreicht, nahm die Forschung in diesem Bereich erst seit den 2000er Jahren Fahrt auf. Samt seiner historischen, symbolträchtigen und teilweise in Vergessenheit geratenen Aufstände zieht sich das Phänomen des indigenen Widerstands wie ein roter Faden durch die lateinamerikanische Geschichte und ihre »indigene Frage« (Jost 2008: 98-99). Einen Weckruf stellte der Aufsatz »El retorno del indio« des in Bolivien lebenden spanischen Jesuitenpaters, Linguisten, Anthropologen und Historikers Xavier Albó dar. Darin machte Albó auf das Phänomen der sich verstärkenden institutionellen Selbstorganisation und der damit einhergehenden selbstbewussteren Interessenartikulation indigener Gemeinschaften in Südameri-

ka aufmerksam (Albó 1991). Auch wenn indigene Bewegungen in einigen Ländern bereits seit Mitte des 20. Jahrhunderts die Anerkennung ihrer Rechte forderten, traten ihre Mitglieder vordergründig noch als *campesinos* auf. Im Zuge des damals vorherrschenden Klassenkampf-Denkens wurden sie deshalb häufig unter den Bauernbewegungen subsummiert. Erst in den 1960er Jahren wurde die eigene ethnische Identität stärker betont und als Bewegungsstrategie eingesetzt, wobei die Identifizierung mit einer spezifischen Ethnie in der Regel dem generischen Indigenen-Begriff vorgezogen wurde. Spätestens seit den 1990er Jahren konnten die Staaten Forderungen indigener Bewegungen nach Autonomie, politischer Teilhabe, Chancengleichheit, Dezentralisierung und Armutsbekämpfung nicht mehr ignorieren und öffneten sich allmählich für Verhandlungen (Käss 2012: 88). Die öffentliche Wahrnehmung indigener Bewegungen als politische Akteur*innen setzte im Zuge von Emanzipations- und Diversifizierungsprozessen ein, die bis heute nicht abgeschlossen sind. Die Ausrufung der internationalen Dekade der indigenen Völker der Erde (1993-2004) im Rahmen des 500-Jahr-Gedenkens an die Eroberung Lateinamerikas hatte zu einer Verbreitung des Bildes des indigenen politischen Akteurs auf internationaler Ebene beigetragen (Käss 2012: 88-89). Allerdings waren die Vereinten Nationen mit ihrem Hauptanliegen gescheitert, eine Erklärung über die Rechte indigener Völker zu verabschieden. Dies gelang erst in einer zweiten indigenen Dekade (2005-2015). Nach 20 Jahren des Verhandelns wurde die bereits erwähnte *UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples* (UNDRIP) im September 2007 mit 143 Stimmen in der Generalversammlung angenommen.

Gegenwärtig lässt sich ein Forschungsschwerpunkt auf den spezifischen Umständen und Bedingungen erkennen, unter denen indigene Bewegungsakteur*innen agieren. Wie einige Studien von Menschenrechtsorganisationen nahelegen, muss die Situation berücksichtigt werden, dass indigene und ländliche soziale Bewegungen in Lateinamerika häufig direkter, struktureller und kultureller Gewalt ausgesetzt sind (Galtung 1990). Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Global Witness (2020: 10) nimmt die Zahl getöteter Verteidiger*innen von Land und Umwelt weltweit zu. Im Jahr 2019 stammten mehr als zwei Drittel der 212 registrierten Ermordeten aus Lateinamerika, darunter eine Person aus Bolivien. 40 Prozent gehörten indigenen Gemeinschaften an.

In Anbetracht dieser Statistik wird deutlich, dass zwischen indigenen Bewegungsakteur*innen und ihren staatlichen oder nicht-staatlichen Gegenspieler*innen häufig ein asymmetrisches Verhältnis besteht. Die Frage nach äußeren Umständen und Bedingungen, die auf indigene soziale Bewegungen einwirken, wird vor allem von POS-theoretischen Arbeiten aufgegriffen und in eine Frage nach politischen Möglichkeitsstrukturen übersetzt. Dazu zählt eine Studie von Axel Anlauf (2013), die nach den Auswirkungen der politischen Möglichkeitsstrukturen auf indigene Bewegungen und ihre Taktikauswahl fragt. Anlauf stellt mit Blick auf in-

digene Bewegungen in geschlossenen Systemen die Tendenz fest, dass dort der bewaffnete Kampf als ein »letztes, aber gerechtes Mittel« gesehen werden kann (Anlauf 2013: 40). Dies macht er am Beispiel der der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) in Mexiko in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fest. Gleichzeitig blickt er nach Bolivien, wo sich im selben Untersuchungszeitraum nach Ende der Militärdiktaturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts günstige politische Möglichkeitsstrukturen durch Re-Demokratisierungsprozesse eröffneten. Aufgrund dieser Situation seien Indigenenorganisationen entstanden, die mit der Regierung verhandeln und politische Forderungen durchsetzen konnten. Dies trifft nach Anlauf besonders auf den 1982 gegründeten tieflandindigenen Dachverband *Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia* (CIDOB) zu, der, wie im weiteren Verlauf dieser Arbeit zum Ausdruck kommen wird, auch im TIPNIS-Konflikt eine wichtige Rolle spielt.

Für die wissenschaftliche Beschäftigung mit sozialen Bewegungen in indigenen Kontexten sind außerdem identitätsbasierte Ansätze von hoher Relevanz. Zu diesen zählen die weit verbreiteten Konzepte der *Ethnisierung des Politischen* sowie der *Politisierung des Ethnischen*. Ersteres lenkt den Fokus auf ethnisch begründete, politische Diskurse innerhalb sozialer Bewegungen. Juliana Ströbele-Gregor (2009: 193) argumentiert in Bezugnahme auf indigene soziale Bewegungen in Ecuador und Bolivien der 1990er Jahre, dass das Konstrukt der ethnischen Identität in beiden Ländern dazu beigetragen habe, indigene Protestaktivitäten zu erzeugen, die in der Lage waren, staatliche und gesellschaftliche Anerkennung indigener Rechte zu erreichen. Gleichzeitig habe die Betonung des Ethnischen im Diskurs sozialer Bewegungen eine Abgrenzung von weißen und mestizischen¹ Bevölkerungsteilen impliziert, die indigene Personen durch Akkulturationsprozesse in ein homogenes Nationalstaatskorsett zwingen wollten, ohne die kulturelle Diversität angemessen zu berücksichtigen. Wie Deborah Yashar (2005: 49) schreibt, verfügen Staaten über Regelungs- oder Ordnungssysteme, die darüber entscheiden, wer politisch dazugehört und welche Rechte Staatsbürger*innen besitzen. In den letzten 30 Jahren des 20. Jahrhunderts seien diese *citizenship regimes* in Lateinamerika mit Versuchen gescheitert, indigenen Personen eine neue Identität zu geben, z.B. eine bäuerliche oder staatsbürgerliche Identität (Yashar 2005: 49).

Von einer Politisierung des Ethnischen ist die Rede, wenn Ethnizität als Ausgangspunkt für politisches Handeln gesehen wird. Todd Eisenstadt (2011) theoretisiert die Umstände, unter denen indigene Identitäten zu relevanten Mobilisierungsframes werden. Individuelle Entscheidungen der Landbevölkerung über die eigene Gewichtung ihrer Indigenität werden in ein Abhängigkeitsverhältnis zu

1 Als Mestiz*innen (*mestizas* und *mestizos*) werden Personen bezeichnet, die sowohl europäische als auch indigene Vorfahren haben.

staatlichem Verhalten gesetzt. Faktoren wie politische Repressionen oder die Vergabe von Landrechten an die rurale Bevölkerung können sich auf die Betonung der indigenen Selbstidentifizierung auswirken.² Besonders Prozesse der Territorialisierung haben das Selbstverständnis indigener Bewegungsakteur*innen beeinflusst. Wie aus einer Studie des Humangeografen Sam Halvorsen (2018: 7) hervorgeht, haben indigene soziale Bewegungen in Lateinamerika den *territorio*-Begriff, der in seinen vielschichtigen Bedeutungsebenen keine exakte semantische Entsprechung des »Territoriums« im deutschen Sprachgebrauch ist, spätestens seit den 1990er Jahren »wiederentdeckt« und in einem *territorial turn* auf die politische Agenda gesetzt (eine Auseinandersetzung mit den Territorialisierungsprozessen und dem *territorio*-Verständnis im TIPNIS erfolgt in Kapitel 5).

2.2 Der TIPNIS-Konflikt in der Literatur

Wie Anna Laing (2015: 54) schreibt, bieten sich in Bolivien viele Möglichkeiten, über die Input-Output-Ebene sozialer Bewegungen hinauszugehen und diese als rationale und gestaltende Kräfte wahrzunehmen. Verbindungen, Netzwerke und Zusammenarbeit verschiedener Individuen und SBOs eröffnen ein breites Spektrum an Forschungsdesideraten. In Bezug auf das TIPNIS steht die akteurszentrierte Analyseebene in den meisten Studien allerdings nicht im Fokus. So konstatiert John-Andrew McNeish (2013) eine hohe Komplexitätsreduktion in Medienberichten und wissenschaftlichen Analysen in Bezug auf die Interessen der Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung. Dominant sind stattdessen Beiträge, bei denen der TIPNIS-Konflikt als erste große politische Krise des 2009 neugegründeten Plurinationalen Staats Bolivien zur Erklärung größerer Zusammenhänge auf der Makro- und Meso-Ebene herangezogen wird. Die Themen der Autor*innen reichen von Konzepten des Plurinationalismus und der Indigenität bis hin zu Beziehungen zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. So geht es bei Ana Delgado (2017) und Emily Achtenberg (2013) hauptsächlich um die Auswirkungen des TIPNIS-Konflikts auf die politischen Kräfteverhältnisse in Bolivien. Im Vordergrund stehen Interessengegensätze bezüglich des Straßenbauprojekts Villa Tunari – San Ignacio de Moxos innerhalb der Machtbasis des MAS. Diese hätten, so die Argumentation, zu einem Zusammenbruch des Einheitspakts (*Pacto de Unidad*) geführt und das

-
- 2 María Inclán (2018: 540) schließt daraus, dass sich indigene Akteur*innen in der Mobilisierung von Identitätsframes nicht signifikant von nicht-indigenen Akteur*innen unterscheiden, die ihre Identität und Identifizierung mit sozialen Bewegungen ebenfalls von individuellen und kollektiven Anreizen anhängig machen, die durch die gegebenen politischen und sozioökonomischen Möglichkeitsstrukturen bestimmt sind.

Selbstverständnis der Partei als Sammelbecken sozialer Bewegungen in Zweifel gezogen. Statt in das Innere der sozialen TIPNIS-Bewegung zu schauen, werden die ihr zugerechneten SBOs als mehr oder weniger konsistente Einheiten ins Verhältnis zu ihren politischen Gegner*innen gesetzt.

Andere Arbeiten nutzen den TIPNIS-Konflikt zur Illustrierung von Widersprüchlichkeiten der unter Morales in Bolivien stattfindenden Transformationen. Ähnlich wie das Südafrika der frühen 1990er Jahre, in dem sich die Möglichkeit zur Beendigung des Apartheidregimes eröffnete, galt Bolivien unter Morales als »global icon for the possibility of radical change« (Goodale 2019: 17) und rückte verstärkt in den Fokus der transnationalen Wissenschaftscommunity. Eduardo Gudynas' Artikel »Development Alternatives in Bolivia« (2013) setzt sich am Beispiel des TIPNIS-Konflikts mit den Widersprüchlichkeiten zwischen den sozioökonomischen Transformationsversprechen der Morales-Regierung und der Praxis des ressourcenbasierten Entwicklungsmodells auseinander, das er als Neoextraktivismus bezeichnet (siehe dazu auch Humphreys Bebbington/Bebbington 2012).

Allerdings gibt es in der wissenschaftlichen Literatur auch Ausnahmen, die die Analyseebene der Akteur*innen beleuchten: Theo Roncken (2019) beschäftigt sich in seinem Artikel »Nonviolent Resistance in Plurinational Bolivia« dezidiert mit den gewaltfreien Protestformen und Taktiken der Bewegungsakteur*innen im TIPNIS-Konflikt. Dabei analysiert er die Fähigkeit der sozialen TIPNIS-Bewegung, politische Möglichkeitsstrukturen einzuschätzen und Protesttaktiken anzupassen. Eine Studie von Gaya Makaran (2019) nimmt die Rolle indigener Frauen im TIPNIS-Konflikt in den Blick. Aus feministischer Perspektive beschreibt sie Emanzipationsprozesse indigener Frauen und deckt deren Widerstand gegen patriarchale Strukturen auf (siehe Kapitel 9).

Zur Zeit der großen indigenen Protestmärsche 2011 und 2012 durchlief der TIPNIS-Konflikt eine wissenschaftliche Hochkonjunktur. Wie Pabel López (2017: 127) schreibt, war die Sichtbarkeit des Konflikts während dieser beiden Märsche bisher am größten. Ausdruck dessen sind u.a. Studien von Anna Laing (2015) und Cecilie Hirsch (2019). Bei ersterer handelt es sich um eine empirische Primärstudie aus dem Bereich der Humangeografie, die sich dezidiert mit den Spannungen zwischen Staat und sozialen Bewegungsakteur*innen im TIPNIS-Konflikt auseinandersetzt. In ihrer Feldforschung beobachtete und begleitete Laing streckenweise die Protestmärsche der tieflandindigenen Völker von 2011 und 2012. Die Arbeit von Hirsch nimmt die Interaktionen von Indigenenorganisationen und dem bolivianischen Staat im Zeitraum von 2011 bis 2013 aus einer politisch-ökologischen Perspektive in den Blick. Mit ihrem breiten ethnografischen Ansatz zieht sie Rückschlüsse auf die dynamischen mikropolitischen Beziehungen im Umwelt-Governance-Bereich, die sie u.a. auch mit Beispielen diskursiver Framings illustriert. Knapp zehn Jahre später scheint der Konflikt in der Literatur aus der Mode gekommen zu sein, obwohl er weder gelöst ist noch

an gesellschaftlicher Relevanz für das gegenwärtige Bolivien und darüber hinaus verloren hat. Allerdings haben sich die Konfliktodynamiken grundlegend verändert, sodass viele Studien an Aktualität verloren haben.

Hervorzuheben sind Bemühungen, Dokumente, Verträge und Protokolle, die im Zusammenhang mit dem TIPNIS-Konflikt stehen, zu sammeln, zu dokumentieren und zu archivieren. So stellt das Dokumentationsarchiv Isiboro Sécure (*Archivo Documental Isiboro Sécure*) ca. 800 wichtige Dokumente zur Verfügung, die das TIPNIS betreffen. Diese sind sowohl physisch in Trinidad, Cochabamba und La Paz einsehbar als auch online abrufbar. Hinter dem Dokumentationsarchiv verbirgt sich eine Initiative von Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die sich im Zeitraum 2016-2017 im Departement Beni herausbildete und finanziell von der US-amerikanischen Betty and Gordon Moore Foundation unterstützt wurde. Da die bereitgestellten Dokumente auch für die Widerstandskteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung von großem Nutzen sein können, versteht sich das Archiv auch als unterstützende Serviceleistung für den Widerstand (Interview Justel 02.07.2019).

Zudem gibt es bolivianische Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen, die Forschung zum TIPNIS-Konflikt betreiben. Hier lassen sich das *Centro de Estudios Jurídicos e Investigación Social* (CEJIS), das *Centro de Investigación y Promoción del Campesinado* (CIPCA), das *Centro de Documentación e Información Bolivia* (CEDIB) und die *Fundación Tierra* nennen. Die CEJIS-Studie »Atlas sociopolítico sobre los territorios indígenas en las tierras bajas de Bolivia« von Leonardo Tamburini (2019) ist eine besonders interessante Publikation. Sie gibt nicht nur einen Überblick über die verschiedenen indigenen Territorien im bolivianischen Tiefland, sondern gewährt auch Einblicke in die administrativen Prozesse, die zu ihrer staatlichen Anerkennung geführt haben. Tamburini versäumt nicht, diese Prozesse vor den Hintergrund indigener Willensbildung und -durchsetzung zu stellen. Der Studie gelingt es dadurch, Problematiken und soziale Kämpfe verschiedener Territorien in Relation zu setzen und ein Bewusstsein für die indigene Gesamtregion der *tierras bajas* zu schaffen. Von Seiten der *Fundación Tierra* haben Gonzalo Colque (2017), Wilfredo Plata und Rubén Martínez (2017) sowie Miriam Jemio (2017) lesenswerte Beiträge verfasst. Zudem hat die Stiftung eine detaillierte Chronologie des Protestmarschs von 2011 erstellt (Colque et al. 2012).

